

TIBET-JOURNAL



AKTION
ICT mobilisiert
Politiker und
Öffentlichkeit
SEITE 5



HILFE
Bauarbeiten gehen
voran – unser
Kinderdorfprojekt
SEITE 6



EINSATZ
„Missing Voices“ –
Unterstützung für
tibetische Gefangene
SEITE 8

WIE CHINA DRUCK AUF EUROPA MACHT

Der Dalai Lama –
Test für europäische
Außen- und Menschen-
rechtspolitik

SEITE 2

**Liebe Freundin,
lieber Freund Tibets,**

der Mönch Jigme Guri war im November 2008 von mehr als 70 Sicherheitsbeamten in Tibet festgenommen worden. Der Grund: Auf Youtube war ein Video erschienen, in dem er über Folter und Misshandlungen während einer vorangegangenen Haftzeit im April 2008 berichtet. Was war so brisant an Guris Video? Auszüge aus seinem Statement: „Später im Gefängnis haben sie mich mehrere Stunden an den Händen aufgehängt, so dass ich ohne Bodenkontakt von der Decke hing. Dann schlugen sie mir ins Gesicht, auf den Rücken mit ganzer Kraft. Einmal verlor ich dann das Bewusstsein und musste ins Krankenhaus gebracht werden. Nachdem ich wieder zu mir gekommen war, wurde ich wieder ins Gefängnis zurückgebracht, wo ich erneut an meinen Händen aufgehängt und geschlagen wurde. Ich verlor dann aufs Neue das Bewusstsein. Einmal wurde ich zwei Tage lang ohne Essen und Trinken ohne Pause geschlagen. Sechs Tage lag ich bewusstlos im Krankenhaus.“

Jigme Guri ist vor wenigen Wochen aus der Haft entlassen worden. So erschütternd sein Schicksal ist, so zeigt es doch auch, dass internationaler Druck zugunsten von inhaftierten Tibetern Sinn macht. Guris Fall war auch von der International Campaign for Tibet immer wieder prominent vertreten worden. Und die Tatsache, dass mutige chinesische Anwälte sich seiner Verteidigung annahmen, gibt Anlass zur Hoffnung. Wir werden daher nicht nachlassen in unserer Arbeit für tibetische Gefangene und ihre Rechte weiter offensiv einfordern. Unser im März veröffentlichter Bericht über die Situation tibetischer Gefangener hat für große internationale Aufmerksamkeit gesorgt. Unsere Kampagne „Missing Voices“ soll das Interesse an den vielen Schicksalen tibetischer Gefangener wachhalten.

Lesen Sie in diesem Tibet-Journal mehr über unsere vielfältigen Projekte, zum Beispiel über unser Kinderdorfprojekt in Indien. Sie machen diese wichtige Arbeit möglich. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.

Ihr



Kai Müller, Geschäftsführer



ICT AKTUELL

Wie China versucht, den Dalai Lama international zu isolieren – und wie Europa sich spalten lässt

Persona non grata?

Der Kontrast könnte größer nicht sein. Wann immer der Dalai Lama einen öffentlichen Auftritt hat, füllt er in Europa und den USA mühelos die größten Hallen. Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, Junge genauso wie Alte und beileibe nicht nur Buddhisten, versuchen so nahe wie möglich an die Bühnen und Großbildwände heranzukommen. Prominente aus Wissenschaft, Medien und Kultur bitten um private Audienzen, nicht wenige von ihnen in der Hoffnung, der Dalai Lama möge ihnen einen weißen Glücksschal um den Hals legen, während ein Fotograf diesen Moment für die Ewigkeit bewahrt. Doch genau dieses Bildmotiv fürchten nicht wenige Vertreter einer anderen Berufsgruppe wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser: Politiker. Legendär geworden ist der Eiertanz, den der damalige

Bundesaußenminister Kinkel im Jahr 1995 vollführte, als er vor laufenden Fernsehkameras dem Schal auswich, den ihm der Dalai Lama umhängen wollte.

Politiker aus aller Welt – besonders solche mit Regierungsverantwortung – sind sich in einem Punkt einig: es gibt kaum ein heißeres Eisen als ein Treffen mit dem Dalai Lama. Der Grund für die Ängste der Politiker heißt

Es gibt kaum ein heißeres Eisen als ein Treffen mit dem Dalai Lama.

China. Für die Führung in Peking ist der Dalai Lama wahlweise ein „Wolf in der Kleidung eines Mönches“, ein „Teufel mit dem Gesicht eines Menschen“ oder schlicht ein „Separatist und Verräter“. Der Dalai Lama kann noch so oft

versichern, er strebe nicht nach Abspaltung Tibets, ihm gehe es lediglich um echte Autonomie für die Tibeter innerhalb Chinas, er kann umfangreiche Papiere dieses Inhalts veröffent-



Der europäische Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering (rechts) begrüßt den Dalai Lama am 4. Dezember 2008 im EU-Parlament in Brüssel. Foto: AFP/Getty images

lichen – ganz egal: Für die chinesische Führung scheint es nie zu genügen. Pekings Botschafter in den Niederlanden brachte kürzlich die chinesische Politik auf den Punkt. In einem Zeitungsinterview sagte Botschafter Zhang Jun „Wir sind gegen jeden Besuch des Dalai Lama in jedem Land. Und wir sind gegen jedes Treffen des Dalai Lama mit jedem Politiker in jedem Land.“

Doch woher rührt der Furor der KP-Granden, wenn es um den Dalai Lama geht? Wohlmeinende Zeitgenossen verweisen auf ein historisches Trauma Chinas: Die langen Jahre der Demütigung einer stolzen Zivilisation durch die imperialistischen Großmächte. Opiumkriege, „ungleiche Verträge“ und brutale Eroberung weiter Teile des Landes durch japanische Truppen sind nicht vergessen. Andere Beobachter hingegen nennen als Grund den im Kern totalitären Allmachtsanspruch der KP-Führung. Eben diesen stelle der Dalai Lama durch seine schiere Existenz in Frage. Solange der Dalai Lama – im Exil dem Zugriff Chinas entzogen – lebt und öffentlich Gehör findet, steht auch Pekings menschenrechtswidrige Politik im Lande immer wieder auf der Tagesordnung. Und mit Blick auf Chinas Geschichte ist zu Recht zu fragen, ob vergangenes Unrecht neues Unrecht rechtfertigen kann.

Europa indes reagiert planlos und uneinheitlich auf die Pekinger Empfindlichkei-

Europa reagiert planlos und uneinheitlich auf die Pekinger Empfindlichkeiten.

ten. Dabei scheint jedes Land allein seine kurzfristigen – meist wirtschaftlichen – Interessen im Auge zu haben. Ganz offensichtlich meinen die Regierungen in Paris, Berlin, London und anderswo davon profitieren zu können, wenn die jeweils andere Regierung bei Peking in Ungnade gefallen ist. Doch Pekings Zuneigung kann von kurzer Dauer sein. Paradebeispiel dafür ist der Fall Frankreich. Groß war das Murren in Deutschland noch, als Staatspräsident Sarkozy im Herbst 2007 kurz nach dem Treffen zwischen Kanzlerin Merkel und dem Dalai Lama nach Peking fuhr, um als

Freund der KP-Führung Milliardenaufträge für die französische Wirtschaft zu sichern. Offenbar zum Wohlgefallen Pekings hatte Sarkozy sich bemüht, „kritische Themen“ wie den Schutz der Menschenrechte niedrig zu hängen. Tibet war kein Thema. Ein ganz anderes Bild Anfang 2009: Da meidet Premier Wen Jiabao bei seiner Europareise ganz demonstrativ Frankreich, nachdem sich Sarkozy im Dezember 2008 mit dem Dalai Lama getroffen hatte. Empfangen wird der chinesische Premier stattdessen auch in Berlin, das für ihn und seine ungewöhnlich große Wirtschaftsdelegation den roten Teppich ausgerollt hat. In den Hauptstädten Europas wartet man indes vergebens auf Solidaritätsadressen an Paris. Froh ist man, dass sich China in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise überhaupt die Ehre gibt, so scheint es. Dass Kanzlerin



Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy begrüßt während seiner sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft den Dalai Lama am 6. Dezember 2008 in Danzig. Foto: AFP/Getty images

Merkel dann die Tibet-Frage gegenüber Wen Jiabao anspricht, kann nicht über die fehlende innereuropäische Solidarität hinwegtäuschen.

Vergessen wird dabei oft: Das „Reich der Mitte“ ist ebenso auf Europa angewiesen wie umgekehrt. In der aktuellen Krise leidet Chinas Exportwirtschaft gewaltig unter dem Rückgang der Nachfrage in Europa. Und nach wie vor ist China interessiert an westlichem Know-how. Doch die EU-Staaten haben es China ermöglicht, sich erfolgreich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, indem sie sich haben ausspielen lassen. Die chinesische Regierung beherrscht dieses „teile und herrsche“ inzwischen virtuos.

Den Respekt Pekings können die Europäer so nicht erwerben. Im Gegenteil. Wer so einfach zu erpressen ist, wird sich wohl bald weiteren Forderungen gegenüber sehen. Deshalb sollten die europäischen Staaten in der Tibet-Frage zu ihren Grundsätzen stehen. Klar sein muss aber auch etwas anderes: Treffen mit dem Dalai Lama allein sind nicht ausreichend. Nur wenn aus ihnen konkrete und schlüssige, an Menschen- und Selbstbestimmungsrechten orientierte Politik erwächst, dann haben die Tibeter etwas gewonnen. Das wollen die vielen Europäer, die kommen, um den Dalai Lama zu sehen. Und neben ihnen noch viele andere mehr. (mr) 

ICT-Empfehlungskatalog an die EU

Anlässlich des EU-China-Gipfels, der am 20. Mai 2009 in Prag stattfand, hat die International Campaign for Tibet ein Policy Paper mit Empfehlungen an die Adresse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten formuliert. Eine der zentralen Forderungen darin lautet, mit Blick auf zukünftige Europa-Besuche des Dalai Lama einen sogenannten Gemeinsamen Standpunkt zu verabschieden, mit dem Inhalt, dass **jeder Mitgliedsstaat das uneingeschränkte Recht hat, den Dalai Lama zu empfangen.**

Todesurteile – chinesische Antwort auf Proteste vom März 2008

Insgesamt fünf Tibeter sind im April vom Mittleren Volksgericht in Lhasa zum Tode verurteilt worden. In allen Fällen lautete die Anklage auf Brandstiftung mit Todesfolge. Die Angeklagten hätten Geschäfte von Han-Chinesen in Brand gesetzt und dadurch den Tod mehrerer Menschen verursacht. Es handelt sich dabei um die ersten Todesurteile im Zusammenhang mit den Unruhen in Lhasa vom März 2008. Drei der fünf Todesurteile ergingen mit zweijährigem Aufschub. Das bedeutet, dass die Strafe nach Ablauf dieser Zeit in lebenslange Haft umgewandelt werden kann, wenn sich die Verurteilten keiner weiteren Vergehen schuldig gemacht haben. Zwei Angeklagte, deren Namen von der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua mit Losang Gyaltshe und Loyar angegeben wurden, erhielten die Todesstrafe ohne Aufschub.

Nach chinesischem Recht müssen Todesurteile innerhalb von sechs Wochen nach Urteilsverkündung vom Obersten Volksgerichtshof in Peking überprüft werden. Derzeit ist allerdings weder bekannt, ob dies geschehen ist, noch zu welchem Ergebnis eine etwaige Überprüfung geführt hat. Berichten zufolge wissen auch die Angehörigen der Verurteilten nicht, wo sich diese derzeit aufhalten.

Die International Campaign for Tibet befürchtet, dass den Angeklagten fundamentale Rechte vorenthalten worden sind, insbesondere solche, die sich aus den UN-Garantien für faire Gerichtsverfahren in Fällen von drohender Todesstrafe ergeben. Dies betrifft sowohl den Anspruch auf einen Rechtsbeistand der eigenen

Wahl als auch die Möglichkeit der angemessenen Verteidigung vor Gericht und der Einlegung von Rechtsmitteln.

ICT kritisiert grundsätzlich die Atmosphäre von Geheimhaltung, unter der Prozesse wie die hier genannten stattfinden. Generell muss in derartigen Fällen Folter und Einschüchterung der Angeklagten befürchtet werden. Die Gerichte stehen unter hohem Druck, ihre Urteile entsprechend den Erwartungen der politischen Führung zu fällen. Prozesse und Festnahmen in Tibet – und China insgesamt – sind gekennzeichnet von systematischer politischer Einflussnahme auf gerichtliche und polizeiliche Verfahren, so dass von einer unabhängigen Justiz nicht ausgegangen werden kann.

Die International Campaign for Tibet fordert, dass in jedem Fall von der Anwendung der Todesstrafe abgesehen wird. Den Angeklagten müssen neue Verfahren gewährt werden, die den international anerkannten Mindeststandards für faire Gerichtsverfahren entsprechen.

Die ICT ist in großer Sorge, dass infolge dieser Urteile weitere Tibeter mit der Todesstrafe rechnen müssen. Prominente Menschenrechtler wie Vaclav Havel, Erzbischof Desmond Tutu und der französische Philosoph André Glucksmann haben sich mit einem Appell an die chinesischen Behörden gewandt. Auch ICT hat zu Appellbriefen an die chinesischen Behörden aufgerufen. (km)

Mutiger Schülerprotest gegen „patriotische Erziehung“

Mehrere hundert Schüler der Tibetischen Mittelschule haben Ende April in Labrang (Chinesisch: Xiahe) mutig gegen die forcierte „patriotische Erziehung“ durch die lokalen Behörden protestiert. Anstatt zum Unterricht zu gehen, zogen die Schüler Berichten zufolge um acht Uhr morgens durch die Straßen der Stadt, wobei sie in Sprechchören Freiheit und Demokratie sowie die Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet gefordert haben sollen. Auf Bildmaterial, das der tibetische Dienst von Voice of America veröffentlicht hat, sind unter den Protestierenden neben Schülern auch einige ältere Jugendliche und Erwachsene zu erkennen. Bewaffnete Polizei und Militär sollen alle Teilnehmer des Protestzuges verhaftet und teilweise geschlagen haben. Inzwischen scheinen alle wieder auf freiem Fuß zu sein. Gut informierten Kreisen zufolge war der Protest eine Reaktion auf ver-



stärkte Bemühungen des chinesischen Staates, nun auch in den tibetischen Gebieten außerhalb der Autonomen Region Tibet (TAR), die Menschen zu zwingen, öffentlich den Dalai Lama herabzuwürdigen und ihre Unterstützung der offiziellen politischen Linie zu bekunden. Zu ähnlichen Protesten soll es auch an der Tibetischen Mittelschule in Sangchu gekommen sein. (km)

Mutiger Protest: in Labrang gingen mehrere hundert Schüler auf die Straße. Foto: VOA

Propaganda und bestellter Jubel

Was gibt es für die Tibeter eigentlich zu feiern am Tag ihrer sogenannten „Befreiung von der Leibeigenschaft“? Der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge – ausländische Journalisten waren nicht zugelassen – feierten Tausende am 28. März 2009 in Lhasa den 50. Jahrestag dessen, was von den Vertretern der Kommunistischen Partei als „Befreiung der Leibeigenen“ in Tibet bezeichnet wird.

Vorausgegangen war dem Ganzen eine wochenlange Propagandaschlacht in den chinesischen Staatsmedien. Frei nach dem Motto des Wahrheitsministeriums in George Orwells 1984, „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft; wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit“ macht die Regierung in Peking deutlich, dass sie auch im Hinblick auf die tibetische Geschichte die alleinige Definitionsmacht für sich beansprucht. Die Erinnerung an den blutig niedergeschlagenen Volksaufstand vom 10. März 1959 soll so durch einen neuen verpflichtenden Geschichtsnarrativ verdrängt werden. Dieser lautet kurz zusammengefasst so: Die Volksrepublik China hat vor 50 Jahren unhaltbare gesellschaftliche Zustände beendet, hat Menschen vom Mittelalter in eine lichte Gegenwart katapultiert. Chinas Medien heben die „Befreiung von der Leibeigenschaft“ gar auf eine Stufe mit der Befreiung der afroamerikanischen Sklaven durch Abraham Lincoln während des amerikanischen Bürgerkriegs. Tatsächlich aber markierte der 28. März 1959 das vorläufige Ende des tibetischen Volksaufstands, der am 10. März begonnen hatte. In seinem Verlauf verloren mehrere zehntausend Tibeter ihr Leben, der Dalai Lama musste – begleitet von zahlreichen Flüchtlingen



Bestellter Jubel in Lhasa: Ein Tibeter preist die Politik der Kommunistischen Partei Chinas.

Foto: getty images

– seine Heimat verlassen und lebt seither im indischen Exil. Die massiven Proteste im März 2008 sollten Beleg genug sein, dass die chinesische Herrschaft von den Tibetern keineswegs als Befreiung empfunden wird. Insofern ist der neue Feiertag eine Provokation für die tibetische Bevölkerung und ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die an einer Entspannung der Lage interessiert sind. (mf)

ICT IN AKTION

ICT mobilisiert Politiker für Tibet

Zum 10. März 2009 hat die International Campaign for Tibet mehr als **30 internationale Politiker und Persönlichkeiten** für einen öffentlichen Aufruf zugunsten einer friedlichen Lösung der Tibet-Frage gewonnen. Mit dabei:

Erzbischof Desmond Tutu, Vaclav Havel, Grünenchefin Claudia Roth, Daniel Cohn-Bendit sowie die CDU- und FDP-Politiker Holger Haibach und Harald Leibrecht.

Weitere Unterzeichner kommen aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, der Schweiz, Österreich, Polen, Estland, den Vereinigten Staaten und Kanada. (mf)

Mahnwache vor chinesischer Botschaft

Wichtiges Gedenken: Die International Campaign for Tibet hat zusammen mit anderen Tibetorganisationen am 10. März mit einer **Kundgebung vor der chinesischen Botschaft in Berlin** an die gewaltsame Niederschlagung des tibetischen Volksaufstandes gedacht. ICT-Geschäftsführer Kai Müller kritisierte dabei die Politik der chinesischen Führung und begrüßte den Einsatz der Tibeter für friedlichen Wandel in Tibet, den ICT weiterhin mit großem Engagement unterstützen wolle. (mf)

Tibeter protestieren in Berlin. Foto: ICT



Namensliste von 600 Gefangenen vorgelegt



Ein Jahr nach Beginn der Proteste in Tibet hat die International Campaign for Tibet erstmalig eine Namensliste von über 600 inhaftierten oder „verschwundenen“ Tibeterinnen und Tibetern vorgelegt. Anlass ist der 50. Jahrestag des tibetischen Volksaufstandes am 10. März 2009.

Die Liste wurde zusammen mit dem umfassenden Bericht „**A Great Mountain Burned by Fire**“ veröffentlicht. Der Bericht dokumentiert auf mehr als 100 Seiten das Vorgehen der chinesischen Behörden in Tibet seit Beginn der flächendeckenden Proteste in Tibet und die schlechte Menschenrechtslage auf dem „Dach der Welt“. Bericht und Namensliste wurden von der internationalen Presse mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. (mf)



Von links nach rechts: zusätzliche Unterkunft für Kinder; Krankenschwester in Suja; neues Gesundheitszentrum Fotos: ICT

FLÜCHTLINGSKINDER



Unterstützt das ICT-Projekt:
Hannes Jaenicke. Foto: ICT

Unter den vielen tibetischen Flüchtlingen, die Jahr für Jahr aus Tibet über den Himalaja ins indische und nepalesische Exil fliehen, befinden sich zahlreiche Kinder und Jugendliche. Die Flüchtlingsheime sind häufig massiv überbelegt und die medizinische Versorgung ist oftmals unzureichend. Im Jahr 2007 nahm ICT mit einem Hilfsprojekt für das Kinderdorf in Suja, Nordindien, erfolgreich am RTL-Spendenmarathon teil. Bereits 2008 konnten die ersten Baumaßnahmen beginnen. Unser Projektpate ist der bekannte deutsche Schauspieler Hannes Jaenicke, der das Projekt mitinitiiert hat. Damit wir unsere Hilfe für tibetische Flüchtlingskinder intensivieren können, sind wir auf weitere Unterstützung angewiesen

Das ICT-Projekt für tibetische Flüchtlingskinder

Bauarbeiten gehen schnell voran

„Die Bauarbeiten gehen schnell voran,“ freute sich ICT-Geschäftsführer Kai Müller bei einem Besuch des ICT-Kinderdorfprojektes vor wenigen Wochen im nordindischen Suja. Noch in diesem Jahr fertiggestellt werden ein Wohnhaus für mehr als 100 Kinder, eine Angestelltenunterkunft, neue sanitäre Anlagen, eine Mehrzweckfläche sowie ein neues Gesundheitszentrum. Gerade das neue Gesundheitszentrum wird die medizinische Betreuung der knapp 2.000 Kinder, die in dem Kinderdorf leben, maßgeblich verbessern. Schon vor Fertigstellung des neuen Gebäudes sind aus Projektmitteln zwei zusätzliche Krankenschwestern eingestellt worden, die im April ihre Arbeit aufgenommen haben. Tenzin Choekyi, eine der neuen Krankenschwestern, freut sich über die Verbesserung: „Im neuen Gesundheitszentrum können wir zum Beispiel Tuberkulose-Ver-

dachtsfälle und andere ansteckende Krankheiten besser isolieren. Das alte Gebäude ist auch sonst viel zu klein. So können wir Zahnbehandlungen jetzt in einem abgetrennten Raum durchführen.“

Insgesamt werden drei Krankenschwestern und ein Arzt für die medizinische Betreuung der Kinder verantwortlich sein. „Das Kinderdorfprojekt in Suja bedeutet aktive Hilfe für diejenigen, die unseren Schutz am meisten benötigen“, unterstreicht Kai Müller. „Die Hilfe aus Deutschland wird mit großer Dankbarkeit angenommen und die Projekte vor Ort mit noch größerem Engagement umgesetzt.“ Möglich gemacht hat das Projekt die Stiftung RTL und die großzügige Unterstützung durch viele ICT-Förderer. Kai Müller dazu: „Bitte unterstützen Sie uns weiter – ihre Spende ermöglicht konkrete Hilfe.“ (mf)

Bundestagsabgeordnete besuchen Lhasa – Reise mit „ständigen Begleitern“

Die **International Campaign for Tibet Deutschland** hat den Aufenthalt einer Delegation des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages in Tibet als wichtiges Signal gegenüber Peking bewertet und sich gleichzeitig besorgt gezeigt über die anhaltend harte Haltung der chinesischen Behörden in Tibet. „Der Besuch der Delegation trägt der prekären Menschenrechtssituation in Tibet Rechnung. Wir begrüßen ihn daher ausdrücklich“, äußerte sich Kai Müller, Geschäftsführer der International Campaign for Tibet Deutschland. Die Abgeordneten hielten sich insgesamt knapp zwei Tage in der tibetischen Hauptstadt auf. Gegenüber der Nachrichtenagentur dpa hatten die Abgeordneten

unmittelbar im Anschluss an die Reise kritisiert, dass „viele Fragen nicht beantwortet“ wurden und ein „geschöntes Bild“ von der Lage in Tibet vermittelt werden sollte. So konnten keine Gefängnisse in Lhasa besucht werden. Der CDU-Politiker Jürgen Klimke nannte den Besuch an sich „schon einen Erfolg“, auch wenn viele Antworten ausgeblieben seien. „Wenn sie nichts sagen, ist das doch auch eine Erkenntnis“ zitierte dpa den Abgeordneten. Die Reise fand im April statt und war der erste offizielle Besuch einer Delegation von Abgeordneten eines Menschenrechtsausschusses seit Beginn der Proteste in Tibet im März 2008. (mr)

Erfolgreiche Proteste

Dalai Lama wieder willkommen in Südafrika

Weltweit hagelte es Proteste, als die Regierung Südafrikas sich im März weigerte, dem Dalai Lama ein Visum zur Teilnahme an einer Friedens-Konferenz im Lande auszustellen. Der umstrittenen Entscheidung vorausgegangen war heftiger Druck von Seiten Chinas. Auch die International Campaign for Tibet schloss sich den Protesten an und rief zu einem E-Mail-Alert an die Adresse Südafrikas auf. Zahlreiche Bezieher des ICT-Newsletters beteiligten sich an der Aktion.

Die Proteste blieben nicht ohne Wirkung, die neue Regierung Südafrikas hat inzwischen eine radikale Kehrtwende vollzogen. Am 14. Mai sagte Maite Nkoane-Mashabaneshe, Südafrikas Ministerin für Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, „Wie jedem anderen Bürger dieses Planeten auch, steht es dem Dalai Lama frei, unser Land zu besuchen.“ Man habe die Angelegenheit im März nicht „klar kommuniziert“, sagte die Ministerin. Offiziell war die verweigerte Visumserteilung damit begründet worden, der Besuch des Dalai Lama bedeute eine Störung der Vorbereitungen auf die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika im kommenden Jahr. Dahingegen ist der vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag per Haftbefehl gesuchte sudanesischer Staatspräsident Omar Al-Baschir offenbar weniger störend. Er war ganz offiziell zur Amtseinführung von Südafrikas neuem Präsidenten Jacob Zuma eingeladen worden, blieb den Feierlichkeiten jedoch aus Angst vor einer Verhaftung fern. (mr)



Unterstützt den Dalai Lama: Erzbischof Desmond Tutu, Friedensnobelpreisträger und Mitglied des Internationalen Beirats von ICT. Foto: ICT



Spanisches Gericht lädt chinesische Funktionäre vor

Die Mühlen der Justiz mögen nicht die schnellsten sein, doch dafür mahlen sie zumindest in Spanien äußerst beharrlich. Santiago Pedraz, Ermittlungsrichter am Nationalen Gerichtshof in Madrid hat Anfang Mai das chinesische Justizministerium informiert, dass er beabsichtige, acht hohe Funktionäre in China zu verhören, sollten sie ihren Vorladungen nach Spanien nicht nachkommen. Bereits im vergangenen August hatte Richter Pedraz die Klage mehrerer Menschenrechtsorganisationen zugelassen. Diese hätten im Zusammenhang mit der gewaltsamen Niederschlagung der überwiegend friedlichen Proteste in Tibet im März 2008 einen „Angriff gegen die Zivilbevölkerung geleitet, der mindestens 203 Todesopfer, mehr als tausend Verletzte und 5972 illegal Verhaftete und Verschwundene zur Folge hatte“, und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden kann. Zu dem zu Grunde liegenden Beweismaterial gehören mehrere ICT-Berichte, ICT-Mitarbeiter sagten vor Gericht aus.

Nach dem „Weltrechtsprinzip“ können im Falle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit alle Staaten juristisch tätig werden, auch wenn es – wie im vorliegenden Fall – keine direkte Verbin-



Steht auf der Liste der Vorgeladenen: Parteisekretär Zhang Qingli. Foto: AFP, getty images

dung zwischen Tatland und Anklageland gibt. Insgesamt sind in Spanien derzeit über ein Dutzend Ermittlungsverfahren nach dem „Weltrechtsprinzip“ anhängig, unter anderem gegen die USA wegen Folter in Guantanamo und gegen Israel wegen der Ermordung eines Hamas-Führers im Jahr 2002, bei der 14 weitere Menschen getötet wurden.

Die chinesische Regierung hat Spanien bereits gewarnt, die bilateralen Beziehungen könnten schweren Schaden nehmen, sollte Richter Pedraz seine Ermittlungen weiter fortsetzen. Theoretisch könnte die spanische Regierung bei Interpol einen internationalen Haftbefehl für die beklagten Funktionäre beantragen, sollten diese der Vorladung nicht nachkommen, bzw. dem Ermittlungsrichter nicht alternativ ihre Verhörung in China gestattet werden. Ein Vertreter der chinesischen Botschaft in Madrid teilte inzwischen mit, dass der Richter nach seiner etwaigen Einreise in China sogleich „wegen Verleumdung verhaftet“ würde und dann bekäme, „was er verdient“. (mr)

**„203 Todesopfer,
mehr als tausend
Verletzte,
5972 illegal
Verhaftete und
Verschwundene“**


Erfolgreicher Einsatz

Tibetischer Mönch wieder frei

Nach sechs Monaten in Haft wurde der tibetische Mönch Jigme Guri am 3. Mai 2009 von den Behörden freigelassen, ohne dass es zu einer Anklageerhebung gekommen wäre. Guris Fall hatte weltweites Aufsehen erregt, weil er es gewagt hatte, in einem später auf YouTube veröffentlichten Video offen über seine Folterung durch chinesische Sicherheitskräfte zu sprechen. In dem Video, dessen Text in englischer Transkription ebenfalls im Internet abgerufen werden kann, beschreibt er außerdem die Folter und Misshandlung weiterer Mönche aus dem Kloster Labrang, die am 10. April 2008 gegenüber einer Delegation internationaler Journalisten offen über ihre Situation berichtet hatten. Guris Freilassung steht offenbar in Zusammenhang mit dem öffentlichen Druck, der sich entwickelte als die bekannten (Han-) chinesischen Menschenrechtsanwälte Li Fangping und Jiang Tianyong dem Mönch ihre Hilfe anboten. Die Anwälte hatten erst kürzlich für Aufsehen gesorgt, als sie die Verteidigung des bekannten tibetischen Lamas Phurpu Rinpoche übernahmen. Die beiden Verfahren sind bislang die einzigen im Zusammenhang mit den Protesten vom März 2008, in denen Angeklagte sich von Anwälten ihrer eigenen Wahl verteidigen lassen konnten. Beobachter werten dies als positives Zeichen, das deutlich mache, dass sich in den tibetisch besiedelten Gebieten kein ethnischer Konflikt zwischen



Folter und Misshandlung in Haft: Jigme Guri musste mehrere Wochen im Krankenhaus behandelt werden. Foto: ICT

Han-Chinesen und Tibetern abspiele. Vielmehr gehe es den Anwälten aus Peking – wie auch dem kleinen Kreis von Intellektuellen, dem sie angehören – darum, durch die Beachtung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen zu einem besseren Verständnis zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen innerhalb Chinas beizutragen. Es bleibt zu wünschen, dass sich die Führung der Volksrepublik China ein Beispiel an den Anwälten Li Fangping und Jiang Tianyong nimmt. (mr) 



Der Mönch Jigme Guri in Freiheit. Foto: ICT

Engagieren Sie sich jetzt

„Tibetische politische Gefangene brauchen unsere Unterstützung!“

MISSING_VOICES



Hannes Jaenicke Foto: Gregorowius

„Missing Voices“ heißt die Kampagne der ICT, die den Tibetern eine Stimme verleiht, die sich selbst nicht mitteilen können, weil sie hinter chinesischen Gefängnismauern in Haft gehalten werden, weil sie „verschwunden“ oder vielleicht nicht mehr am Leben sind. Ihre Zahl wird derzeit auf etwa 1200 geschätzt. Seinen Teil zum Gelingen dieser Aktion beigetragen hat der Schauspieler Hannes Jaenicke. Seit kurzem steht auch sein Statement auf: www.missingvoices.net. **Bitte geben auch Sie den politischen Gefangenen in Tibet eine Stimme!**

IMPRESSUM

TIBET-JOURNAL, Juni 2009 
 Herausgeberin: International Campaign for Tibet Deutschland (ICT) e.V., Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin, Tel. +49 (0) 30 27 87 90 86, Fax +49 (0) 30 27 87 90 87, E-Mail: info@savetibet.de, www.savetibet.de
Spendenkonto Konto-Nr. 3210400
 BLZ: 100 205 00, Bank für Sozialwirtschaft Berlin
 Onlinespenden unter www.savetibet.de/spenden/
Geschäftsführer (V.i.S.d.P.): Kai Müller
Redaktion: Kai Müller (km), Martin Reiner (mr), Markus Feiler (mf), Petra Eszter Nagy
Bildnachweise: AFP, getty images, ICT, www.dalailamanederland.nl, Gregorowius, VOA
Titelbild: Der 14. Dalai Lama, www.dalailamanederland.nl
Design: text+design, Spieckermann
Auflage: 18.600
Druck: mails & more, Berlin

Veranstaltungshinweise

**Buchmesse:
Gastland China**

ICT auf der Buchmesse in Frankfurt
am 17. und 18. Oktober 2009

Die Internationale Buchmesse in Frankfurt steht in diesem Jahr unter einem besonderen Zeichen: Gastland ist die Volksrepublik China. Anlass und Gelegenheit für ICT, Flagge zu zeigen und auf die Situation in Tibet hinzuweisen. Besuchen Sie bitte unsere Homepage oder abonnieren Sie unseren E-Newsletter, um sich auf dem Laufenden zu halten.

**30. Juli bis 2. August
Der Dalai Lama
in Frankfurt**

Der Dalai Lama kommt nach Deutschland! Vom 30. Juli bis zum 2. August wird er zu Gast in Frankfurt sein. Mehr über den Besuch erfahren Sie unter www.dalailama-frankfurt.de. Besuchen Sie auch den ICT-Stand auf dem Veranstaltungsgelände. **Wir freuen uns auf Sie.**